

Nach der Delegiertenversammlung:

Die AVES energisch auf gutem Kurs

bf) Die AVES-Delegierten aus allen Landesteilen hielten ihre Jahrestagung 2001 in Olten.

Die Versammlung stand ganz im Zeichen vergangener (gewonnener) und zukünftiger Energieabstimmungen. Der zweite Teil der Zusammenkunft galt dem Besuch des neuen Wasserkraftwerkes Ruppoldingen.

Zufrieden mit dem Energiegesetz

Das Gesetz ist seit Januar 1999 in Kraft. Mit ihm wurde eine energierechtliche Basis gesetzt, mit der die AVES insgesamt zufrieden ist. Allzu restriktive Regelungen betreffend Elektroheizungen, versorgungsabhängige Heizkostenabrechnung, Stromrücklieferatarif aus WKK-Anlagen konnten auch in unserem freizeithilichen Sinne abgeschwächt werden.

Glücklich über das 3fache Nein

Bei der Bekämpfung der Solarinitiative, der Förderabgabe und der ökologischen Steuerreform (Grundnorm), die alle weniger mit Ökologie als mit mehr Staat und mehr Steuern zu tun hatten, stand die AVES an vorderster Front; mit grossem Einsatz vieler Einzelner, aber auch der Regionalgruppen.

CO₂-Gesetz könnte sehr teuer werden

Dieses Gesetz – seit dem 1. Mai 2000 in Kraft – will bekanntlich bis zum Jahre 2010 eine Reduktion des CO₂-Ausstosses gegenüber 1990 um 10 Prozent erreichen. Wenn absehbar wird, dass dieses Ziel auf freiwilliger Basis nicht erreicht wird, kann frühestens ab dem Jahre 2004 eine CO₂-Lenkungsabgabe von maximal 210 Franken pro Tonne CO₂-Ausstoss eingeführt werden. Die Folgen: Das Benzin würde im

Extremfall um mehr als 50 Rappen pro Liter teurer, das Heizöl um etwa 60 Franken pro 100 Kilo (also über 100 Prozent mehr). Hoffen wir, dass bei allfälliger Einführung dieser CO₂-Abgabe sowohl der Bundesrat wie auch das für die Genehmigung der Abgabesätze zuständige Parlament vernünftige Lösungen treffen werden.

Wenig Chancen für erneute Energie-Initiative

Die Initiative «Energie statt Arbeit besteuern» will auch Steuern auf Strom aus Wasserkraft erheben. Das würde unsere einheimische saubere Stromproduktion ungerecht belasten und allgemein zu einer exorbitanten steuerlichen Belastung führen. Nach den Ergebnissen vom letzten Herbst wird auch diese Initiative keine Chance haben, und die Grüne Partei täte gut daran, diese zurückzuziehen (siehe Resolution der AVES-Delegiertenversammlung).

Die Abstimmung ist provisorisch auf den 2. Dezember dieses Jahres festgelegt worden.

Zwei weitere Initiativen, die uns mehr CO₂ und Milliardenkosten beschieren würden

«Strom ohne Atom» will die schweizerischen Kernkraftwerke stilllegen; Beznau 1 und 2 sowie Mühleberg zwei Jahre nach Annahme dieser totalitären Initiative, Gösgen und Leibstadt nach je 30 Betriebsjahren. «Moratorium plus» will nicht, wie man meinen könnte, einfach eine Verlängerung des Moratoriums, sondern ebenfalls die Stilllegung unserer Kernkraftwerke, die zusammen ja 40 Prozent unseres Strombedarfes decken. Die AVES wird diese zwei unrealistischen Initiativen mit aller Kraft bekämpfen.

Fortsetzung auf Seite 2

Eigentore vermeiden – mit dem Stimmvolk als Libero

Im Fussball kennen wir den Libero, der als hinterster Mann Fehler seiner Vorderleute gutmachen soll. Auch die direkte Demokratie hat glücklicherweise ihren Libero: das Volk, die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger. Wie in der Vergangenheit wird es auch in Zukunft sehr wichtig sein, dass Volkes Stimme Unvernunft, Eigennutz und Blendwerk abblocken wird. Denn einige gefährliche Angriffe rollen auch in nächster Zeit auf das Schweizer Tor zu.

Da heisst es, die Abwehr gut zu organisieren und vor allem Eigentore zu vermeiden ...!

Eigentor Nummer 1: Die Initiative «Für eine gesicherte AHV – Energie statt Arbeit besteuern». Eigentlich tönt der Titel gar nicht so schlecht. Die Initiative der Grünen ist es aber. Sie verlangt – was wir auch letztes Jahr wieder abgelehnt haben – eine ökologische Steuerreform. Schlimmer noch: Diesmal soll zusätzlich auch die Wasserkraft besteuert werden. Für die AVES ist eine Steuerreform nach wie vor diskutabel. Eine solche muss jedoch fiskal- und staatsquotenneutral sein, darf die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes auf keinen Fall beeinträchtigen. Ein noch klareres Nein als jenes vom September 2000 ist für die neuerliche «Besteuerungs-Initiative» geradezu vorprogrammiert. Ein böses Eigentor also – oder wie es Nationalrat Hajo Leutenegger in der Debatte treffend sagte: «... ein Nachschuss einer bisher trefferlosen Serie»!

Eigentor Nummer 2: Das Referendum zum Elektrizitätsmarktgesetz (EMG).

Eines ist sicher, selbst wenn das von Gewerkschaftsbund, Al-

liance de gauche, den Grünen und Teilen der SP ergriffene Referendum Zustimmung fände, lässt sich die Liberalisierung des Strommarktes nicht verhindern. Die Strombranche musste sich längst auf den angekündigten Markt vorbereiten; einen Markt, der dem vorliegenden Gesetz voraus ist. Mit Recht – denn gerade hier gilt: Wer sich schneller auf das Unvermeidbare einstellt, geniesst auch dessen Vorteile. Mit ihrem Nein würden EMG-Gegner ausgerechnet ein sehr positives Beispiel der Liberalisierung behindern. Nicht zuletzt auch die im Gesetz bevorzugten Produzenten von Strom aus erneuerbaren Energien, wo sie doch gerade für diese immer wieder auf die Barrikaden steigen. Ein klassisches Eigentor also, das wir vermeiden wollen!

Eigentor Nummer 3: Die Verhinderung der Lagerung radioaktiver Abfälle im eigenen Land. Die Aussichten sind zwar nicht so schlecht, dass im «Wellenberg» ein Sondierstollen realisiert und damit wichtige Voraussetzungen für ein Lager für schwach radioaktive Abfälle geschaffen werden können. Die für den September geplante Abstimmung im Kt. Nidwalden muss zwar – wegen Einsparungen – auf den Sommer 2002 verschoben werden. In Benken, dem Bohrungsstandort für ein eventuelles Lager stark radioaktiver Abfälle, regt sich Widerstand. Tatsache ist aber: Wie auch immer die Zukunft aussieht, die von uns produzierten Abfälle sollten wir grundsätzlich auch bei uns lagern. Zynisch ist, das seriöse Lagern zu bekämpfen, um so die Kernenergie zu verhindern zu versuchen.

Bruno Fäh

Fortsetzung von Seite 1

Denn der CO₂-Ausstoss würde – statt vermindert – wieder erhöht und andererseits käme ein Ausstieg den Steuerzahler sehr teuer zu stehen; man spricht von 40 Milliarden Franken! Die Volksabstimmung ist voraussichtlich in zwei Jahren.

Realistisches Kernenergiegesetz statt Ausstiegs-Initiativen

Auch die AVES betrachtet das Kernenergiegesetz grundsätzlich als mehrheitsfähigen Gegenvorschlag zu den beiden Ausstiegs-Initiativen. Vor allem begrüssen wir das Festhalten des Bundesrates an der Option Kernenergie und insbesondere den Verzicht auf eine zeitliche Beschränkung des Betriebs der Kernkraftwerke, so lange deren Sicherheit gewährleistet ist. Nicht nachvollziehbar ist für die AVES hingegen das vom Bundesrat befürwortete Verbot der Wiederaufbereitung der abgebrannten Brennelemente.

Elektrizitätsmarktgesetz: Warten auf die Verordnung

Wir stehen hinter der Marktöffnung. Eine solche kann durch

Ablehnung ohnehin nicht verhindert werden, hingegen – und das ist sehr wichtig – die bereits in Gang gesetzte Liberalisierung erhält mit dem Gesetz den richtigen Rahmen, der für eine geregelte Marktordnung im Interesse aller absolut notwendig ist. Fundamentale Opposition gegen gesunden Strukturwandel ist hier genauso fehl am Platz wie das Schüren von Ängsten vor Strommonopolen. Aber auch Vergleiche mit der kürzlichen «Zürcher Abstimmung» sind so falsch wie solche mit der Energiekrise in Kalifornien.

Bleibt das Warten auf die Verordnung zum Elektrizitätsmarktgesetz EMG. Falsch wäre es, diese Verordnung zum Abstimmungsthema zu machen, statt die Vorteile der geregelten Öffnung zu erkennen: Stärkung der öffentlichen und transparenten Kontrolle eines wichtigen Bereichs der Stromwirtschaft, aber auch mehr Marktfreiheit, Vielfalt und Effizienz. ■

Neu im AVES-Vorstand:

Konrad Niederberger aus Stans

Zusätzlich in ihren Vorstand wählten die AVES-Delegierten an ihrer Jahresversammlung in Olten Konrad Niederberger, Stans. Der Präsident der AVES Nidwalden kennt auch die Verhältnisse rund um das geplante Endlager für schwach- und mit-

telradioaktive Abfälle im Wellenberg.

Die Entscheide des Nidwaldner Volkes sind von energiepolitischer Bedeutung. Die Abstimmung über die Bewilligung für einen Sondierstollen findet wahrscheinlich 2002 statt. ■

An der Delegiertenversammlung vom 16. Juni 2001 in Olten verabschiedete die Aktion für vernünftige Energiepolitik der Schweiz (AVES) unter dem neuen Präsidium von Nationalrat Dr. Peter Steiner (FDP Solothurn) folgende RESOLUTION:

Initiative «Energie statt Arbeit besteuern» zurückziehen!

Die Aktion für vernünftige Energiepolitik (AVES) lehnt die voraussichtlich am 2. Dezember 2001 zur Abstimmung kommende Initiative «Energie statt Arbeit besteuern» ab. In der gegenwärtigen energiepolitischen Situation ist eine zusätzliche steuerliche Belastung unserer Wasserkraft und die Gefährdung ihrer Konkurrenzfähigkeit nicht opportun. Da diese Initiative keinerlei Chancen hat, angenommen zu werden, fordert die AVES die Grüne Partei auf, diese zurückzuziehen.

Im Weiteren unterstützt die AVES die Haltung des Bundesrates betreffend die Aufrechterhaltung der Option Kernenergie im Kernenergiegesetz (KEG) und die Ablehnung der zwei hängigen Atomausstiegsinitiativen. Entgegen der Auffassung des Bundesrates sollte im KEG die Wiederaufbereitung der Kernbrennstoffe jedoch auch in Zukunft möglich bleiben.

Nach der eindeutigen Ablehnung der grünen Initiative «Für eine gesicherte AHV – Energie statt Arbeit besteuern» durch Bundesrat, Nationalrat (März 2001) und Ständerat (Juni 2001) und nach der klaren Ablehnung der drei Energievorlagen im September 2000 durch Volk und Stände fordert die AVES die Grüne Partei zu einer Über-

prüfung ihrer Initiative auf. Nach Meinung der AVES hat diese Initiative keine Chance, angenommen zu werden.

Die Aufforderung zum Rückzug der Initiative entspringt vor allem der Überlegung, dass die Idee einer ökologischen Steuerreform bei Ablehnung der Initiative für sehr lange Zeit, wenn nicht für immer, von der Traktandenliste gestrichen wäre. Die AVES vertritt jedoch die Meinung, dass eine klug ausgestaltete und umsetzbare ökologische Steuerreform zumindest diskussionswürdig ist und Wege in diese Richtung nicht vollständig verbaut werden sollten.

Im Hinblick auf die Schaffung des Kernenergiegesetzes (KEG) unterstützt die AVES das Festhalten des Bundesrates an der Option Kernenergie und den Verzicht auf eine zeitliche Beschränkung des Betriebs der Kernkraftwerke, so lange deren Sicherheit gewährleistet ist. Im Gegensatz zum Bundesrat ist die AVES der Meinung, dass unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit die Wiederaufbereitung der Kernbrennstoffe im KEG nicht verboten werden sollte.

Aktion für vernünftige Energiepolitik (AVES)

Die Protagonisten der Delegiertenversammlung: Konrad Studerus, Vizepräsident AVES, Dr. Hans Fuchs, Leiter Thermische Produktion Atel und Geschäftsleiter KKW Gösigen, Nationalrat Dr. Rudolf Steiner, Präsident AVES und Rolf Schmid, Informationsbeauftragter Atel (von links).



Auferstehung des Reduits?

Die Anwendungsprotokolle der Alpenkonvention drohen zwei Drittel des schweizerischen Staatsgebiets in einen riesigen Ballenberg zu verwandeln. Dabei werden die normalen demokratischen Kontrollmechanismen missachtet.

Mit der 1998 erfolgten Ratifikation der Alpenkonvention hat die Schweiz in ein tückisches Räderwerk eingegriffen. Mit der Konvention selbst sind neun Anwendungsprotokolle verbunden: «Berg-Landwirtschaft», «Raumplanung und nachhaltige Entwicklung», «Energie», «Bergwald», «Naturschutz und Landschaftserhalt», «Schutz des Bodens», «Tourismus», «Transport» und «Beilegung von Streitigkeiten». Sämtliche Protokolle wurden vom Bundesrat unterschrieben, müssen aber noch vom Parlament ratifiziert werden. Wirtschaftskreise und an der kontinuierlichen Entwicklung der Berggebiete interessierte Organisationen möchten um jeden Preis die Ratifizierung verhindern.

Der Inhalt dieser Protokolle ist in dem Masse inakzeptabel, als er einer parteiischen, extremistischen und antiökonomischen Konzeption der Ökologie und der nachhaltigen Entwicklung entspricht: Der Schutz der Natur steht über dem Nutzen ihrer Ressourcen, und der Mensch erscheint darin als Eindringling!

In allen Bereichen dieser Protokolle wird eine hinter der Alpenkonvention verborgene Ideologie konkretisiert, indem die Entwicklung der Verkehrswege bedroht ist (Verbot neuer Strassen), ebenso die Infrastruktur und sämtliche wirtschaftliche Aktivitäten der Bergregionen. Nicht

nur sind Sportler wie Skifahrer, Mountainbiker, Kletterer oder Gleitschirm-Piloten betroffen, sondern auch die Tourismus- und Helikopterflüge. Fast zwei Drittel der Gesamtfläche der Schweiz sind von der Konvention betroffen. Diese Regionen hätten existenzielle Schwierigkeiten und müssten wirtschaftlich unterstützt werden.

Diese Protokolle stellen auch Probleme bezüglich der Rechtsordnung. Diese sind weitaus zwingender als die Konvention selbst, und sie müssten zu Entscheidungen der Behörden führen, welche jegliche demokratische Kontrolle vermissen liessen.

Die Raumplanung, heute in der Kompetenz der Kantone, würde im «alpinen Bereich» neu durch Nicht-Regierungsorganisationen zweifelhafter Legitimität bestimmt, die eher von ökologischen als ökonomischen Kreisen dominiert werden.

Im Übrigen verlangen diese Organisationen bereits nach zusätzlichen Protokollen ... So verriegelt das 9. Protokoll über die Beilegung von Streitsachen das System, indem es ein Schiedsgericht vorsieht, dessen Entscheide über Rechtsstreitigkeiten ohne Einspruchsmöglichkeit wirksam werden.

Die Entwicklung der Bergregionen muss das Ergebnis politischer Willensbildung und nicht verwaltungstechnischer Planung sein. Sie muss es diesen Regionen erlauben, hauptsächlich von ihren Ressourcen zu leben und nicht zu einem alpinen Reduit oder zu einem gigantischen Ballenberg-Museum zu werden. ■

Hajo Leutenegger ist neuer Präsident

An ihrer Generalversammlung haben die Vertreter der rund 90 Gasversorgungsunternehmen Nationalrat Hajo Leutenegger zu ihrem Präsidenten gewählt. Der Zuger Nationalrat, ein ausgewiesener Kenner der Energiebranche, ist Direktor der Wasserwerke Zug AG.

Die Erdgasbranche steht vor grossen Herausforderungen: Sie

hat sich zum Ziel gesetzt, zur Entlastung der Umwelt den Einsatz von Erdgas verstärkt zu fördern. Mit einem Verbrauch von 31,44 Milliarden Kilowattstunden im vergangenen Jahr erreicht Erdgas am gesamten Energiekonsum in der Schweiz einen Marktanteil von 11%. ■

Effizient im Einklang mit der Natur

Mit dem komplett neuen Wasserkraftwerk wurde in allen Teilen eine positive Lösung gefunden. Davon konnten sich auch die AVES-Delegierten im zweiten Teil ihrer Jahrestagung in Olten überzeugen.

Ein neues Kraftwerk soll leistungsfähiger und effizienter sein, aber auch möglichst im Einklang mit der Natur stehen. Der Atel ist es gelungen, zusammen mit Behörden und interessierten Organisationen auch der Natur zu ihrem Recht zu verhelfen. Bei der Wiederherstellung und Neuschaffung von Natur- und Landschaftswerten hat die Aare-Tessin AG viel mehr als bloss Auflagen erfüllt; eine einmalige Fluss- und Auenlandschaft wird erhalten, ja entscheidend aufgewertet:

Zum Beispiel im Oberwasserbereich:

Wiederherstellung

- Auenwald Sandmatten
- betroffene Uferbestockung ①
- Boninger Inseln ②
- tangierte Spazierwege längs der Aare ③

Schaffung

- von Flachwasserzonen ④
- von Sukzessionsflächen

Zum Beispiel im Unterwasserbereich:
Schaffung

- eines schnell fliessenden naturnahen Umgehungsgewässers anstelle des heutigen Kraftwerkkanals, das strömungsliebenden Fischen und Kleinlebewesen Laichplätze, Aufwuchsareale und Lebensraum bietet ⑤
- von Kiesbänken und -inseln ⑥
- von zusätzlicher Auenwaldfläche (Vervierfachung auf insgesamt 5,2 Hektaren) ⑦
- Renaturierung/Aufwertung
- der Aare vom neuen Kraftwerk bis zur Wigger-Mündung ⑧
- der Pfaffern auf 200 Meter, bei gleichzeitiger Vernetzung mit der Aare ⑨
- Erhaltung
- der Ruppoldinger Inseln ⑩

Mit der Erneuerung des umweltfreundlichen, effizienten Werkes Ruppoldingen ist eine weitere einheimische erneuerbare Energiequelle entscheidend verbessert worden. Und solche positiven Investitionen in die absolut CO₂-freie Wasserkraft dürfen wir nicht mit ungerechten Abgaben bestrafen, wie es die Initiative «Energie statt Arbeit besteuern» vorsieht.



Vorstand/Comité

Präsident/Président

Dr. Rudolf Steiner, Nationalrat, 4654 Lostorf

Vizepräsident/Vice-président

Konrad Studerus, Kantonsrat, lic.iur., 6313 Edlibach

Mitglieder/Membres

Dr. Maximilian Reimann, Ständerat, 5073 Gipf-Oberfrick

Rudolf Imhof, Nationalrat, 4242 Laufien

Jörg H. Krammer, Ingenieur, 8544 Rickenbach

Johann Rudolf Gunzenhauser, Ingenieur, 4450 Sissach

Eric Weber, Ing. ETS, 1400 Yverdon

Robert Desponds, Ingénieur, 1815 Clarens

Walter E. Böhlen, Grossrat, 5443 Niederrohrdorf

Redaktion/Rédaction

Bruno Fäh, Sekretariat AVES Schweiz

Bahnhofplatz 9, Postfach 7674, 8023 Zürich

Telefon 01-212 40 90, Fax 01-212 65 69

www.aves.ch

Druck/Imprimerie

Victor Hotz AG, Steinhausen

Erscheint vierteljährlich

Redaktionsschluss für die Ausgabe vom

September 2001 ist der 25. August 2001

Die Stromkrise in den USA:

Ruf nach weiteren Kernkraftwerken wird lauter

Bf) Vor allem die bekannten Energieengpässe machen Atomstrom in den Vereinigten Staaten wieder populärer. Betriebszeiten der Kernkraftwerke sollen verlängert und neue Kernkraftanlagen gebaut werden. Heute kommen in den USA 20 Prozent des Stroms aus Kernkraftwerken. Die Zahl der Befürworter von Kernenergie steigt.

Hunderte neuer Kraftwerke, aber auch neue Ölbohrungen sollen Strommangel und Engpässe beseitigen und die Versorgung sicherstellen. Dazu müssten nicht nur Kohle- und Gaskraftwerke, sondern auch weitere Atomkraftwerke gebaut werden. Wenn nichts geschehe, werde die Energiekrise die Wirtschaft der USA, den Lebensstandard und die nationale Sicherheit beeinträchtigen. Massnahmen zur Senkung des Stromverbrauchs hingegen spielen im Land der «unbeschränkten Möglichkeiten» eine untergeordnete Rolle ...!

Mehr Kernkraftbefürworter

Der Ausstieg aus dem Kyoto-Vertrag bescherte Bush harsche Kritiken über die Grenzen der USA hinaus. Trotz der Pläne, die fossilen Brennstoffe als erstes zu fördern, lobt der Präsident die Atomkraft als saubere Energiequelle, mit der Strom produziert werde, ohne die Atmosphäre mit CO₂ belasten zu müssen. Gestiegen ist auch die Akzeptanz der Kernenergie generell. Waren es vor einiger Zeit noch 60 Prozent, die Atomstrom ablehnten, sind es heute gerade noch 44 Prozent.

Freier Strommarkt lässt Schweizer Lichter weiterhin brennen

Wenn nicht Angst, so doch Respekt haben Schlagzeilen «In Ka-

lifornien gehen die Lichter aus» verbreitet. Und es gibt Skeptiker, die sehen in der Krise der kalifornischen Stromversorgung typische Folgen einer Strommarktliberalisierung. Wenn wir auch aus den kalifornischen Verhältnissen lernen können, ist die energie-wirtschaftliche Situation bei uns eine völlig andere; ein amerikanisches Szenario geradezu unwahrscheinlich. Auch wenn wir mit der Einführung des Elektrizitätsmarktgesetzes vor der sicher grössten Veränderung in der Geschichte schweizerischer Stromversorgung stehen, ist unsere Stromwirtschaft für eine Versorgungskrise im Stile Kaliforniens viel, viel weniger anfällig: Die Liberalisierung ist ausgereifter und vor allem: Sie erfolgt richtigerweise in drei Schritten über einen Zeitraum von einigen Jahren. Dann sind Strukturen für Produktion und Verteilung dank stetiger Investitionen auf einem sehr hohen Niveau. Und was nicht unwesentlich ist, die schweizerische Stromwirtschaft ist mit ihrer praktisch zu 100 Prozent CO₂-freien Produktion – 60 Prozent Wasserkraft und 40 Prozent Kernkraft – auch weit weniger anfällig für Engpässe und Preise, zum Beispiel bei fossilen Energieträgern.

Darum setzt auch die AVES weiterhin auf die Optionen Wasserkraft und Kernenergie. Beide brauchen jedoch faire, realistische Rahmenbedingungen – sicher nicht falsche Subventionen, aber auch nicht falsche, unverständliche Belastungen, wie sie zum Beispiel die Initiative «Energie statt Arbeit» auch für die Wasserkraft gerne realisieren möchte.

Wir trauern um Louis-Eduard Rossier



Die AVES, aber auch die Schweizer Energieszene hat einen mutigen Kämpfer verloren. Louis-Eduard Rossier, unser verdientes Ehrenmitglied und Mann der ersten Stunde, ist diesen Frühling im 78. Lebensjahr gestorben. Vor allem die älteren AVES-Militanten wissen um die Verdienste unseres Freundes. Louis Rossier hat sich mit politischem Flair und ausgesprochenem Kommunikationstalent immer für die Sache der AVES, für vernünftige, realistische Energiepolitik, eingesetzt. Allzeit hat er die Energiepolitik in unserem Lande kritisch mitverfolgt und immer wieder mutige, wertvolle Impulse gegeben. Seinem Einsatz verdanken wir ganz besonders, dass in der Westschweiz eine tatkräftige, effiziente Organisation, die FRE, entstanden ist. Ihre Arbeit, aber auch die der gesamten AVES wird sich immer am beispielhaften, mutigen Einsatz solcher Männer orientieren.

Louis Rossiers couragiertes, treues und lebenswürdiges Wesen begleitet uns über seinen Tod hinaus.

AVES-Regionalgruppen

AVES Aargau
Postfach 11, 5430 Wettingen

AVES Bern
Postfach 8023, 3001 Bern

AVES Region Basel
Postfach 251, 4450 Sissach

AVES Glarus
Postfach 124, 8867 Niederurnen

AVES Graubünden, Dr. Theo Portmann
Alexanderstrasse 1, 7000 Chur

AVES Luzern, M. Caliaro
Habermattweg 24, 6010 Kriens

AVES Nidwalden
Postfach 1004, 6371 Stans

AVES Schaffhausen, H. R. Steinegger
Villenstrasse 8, 8200 Schaffhausen

ASE Solothurn
Postfach 130, 4504 Solothurn

AVES Münsterlingen TG
Postfach 146, 8596 Münsterlingen

ASPER Ticino
Casella postale 24, 6948 Porza

AVES Uri, M. Z'graggen
Hellgasse 63, 6460 Altdorf

AVES Oberwallis
Postfach 281, 3930 Visp

AVES Zug
Postfach 1342, 6301 Zug

AVES Pfannenstil ZH
Postfach 912, 8636 Wald

AVES Winterthur
Postfach 1243, 8401 Winterthur

Forum Energie Bienne-Région FBR
Case postale 577, 2501 Bienne

ADE Genève, Ph. Wible
8, rue du Temple, 1236 Cartigny

APPER Est-Vaudois
1806 St-Légier

ARBRE Moudon
Case postale 3, 1510 Moudon